

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto. • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindenstr. 5

64. Jahrgang

Berlin, den 29. September 1926

Nummer 77

Ergebnisse der Prinzipalstagung in Eisenach

1.

Die am 5. September d. J. in Eisenach abgehaltene Hauptversammlung des Deutschen Buchdrucker-Vereins hat nach der anscheinend abgeschlossenen Berichterstattung durch die „Zeitschrift“ keine Ergebnisse von hervorragender Bedeutung gezeigt. Eine gewisse Passivität nach außen, die in ihrer Ausdrucksform mehr wie gedämpfter Trommelschlag anmutet, ist unverkennbar geworden. Daß dafür die innere Vereinsstätigkeit unter Ausschluß öffentlicher Kontrolle zweifellos stärker ist und sich besonderer privatrechtlicher Druckmittel bedient, haben wir schon in den Nr. 63 und 65 des „Korr.“ im Rahmen gewerbepolitischer Marginalien angedeutet. In diesen Verhältnissen konnte auch die Hauptversammlung nichts ändern; sie sind eben mehr zwangsläufiger als freiwilliger Struktur. Die Verzögerung der nationalen wie internationalen privatkapitalistischen Bewegungsfreiheit ist unter dem Druck der neuzeitlichen wirtschaftspolitischen Entwicklung auch für die deutschen Buchdruckereibesitzer fühlbarer geworden.

Die Notwendigkeit einer Neuorientierung seiner sozialen und wirtschaftlichen Grundzüge Kopft auch an die Spforten des Deutschen Buchdrucker-Vereins. Daß dies auf der Eisenacher Tagung noch nicht ebenso deutlich wie z. B. einige Tage später auf der Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie in Dresden zum Ausdruck gekommen ist, dürfte teilweise an der wirtschaftlich immer noch fester gefügten Position der Mehrzahl der deutschen Buchdruckereibesitzer liegen, andernteils aber auch auf taktische Maßnahmen der Vereinsleitung zurückzuführen sein. Immerhin läßt sich die vorzüglichste Abwägung und Beurteilung des Verhandlungsverlaufs und der Ergebnisse dieser Tagung erkennen, daß auch der Deutsche Buchdrucker-Verein sich mehr und mehr vor Aufgaben sozialer und wirtschaftlicher Art gestellt sieht, deren Bewältigung im Stile bisheriger einseitiger Unternehmerpolitik immer schwieriger sein dürfte.

Und es ist jedenfalls nicht nur zufällig, daß in der Festschau der „Zeitschrift“ zu dieser Tagung (Nr. 71 vom 3. September) der Vorsitzende des Gesamtausschusses der papierverarbeitenden Industrie, Herr Hans Kraemer, im Rahmen eines an bevorzugter Stelle stehenden Aufsatzes über „Deutschlands wirtschaftliche Zukunft“ der Hebung der gesunkenen Kaufkraft im Inlande sogar den Vorrang vor der Rückgewinnung verlorener Absatzgebiete im Auslande gibt. Daß aber auch das Letztere, die Rückgewinnung des durch den Krieg und seine Folgen verlorenen Teils des Weltmarktes, nur durch die Leistung von Qualitätsarbeit mit Hilfe einer ganz besonders dazu befähigten Arbeiterschaft möglich ist, unterstreicht Hans Kraemer in äußerst objektiver Weise.

In einer gewissen Parallele zu diesem beachtenswerten wirtschaftspolitischen Aufsatz stand ferner der erste Vortrag auf der Prinzipalstagung über das Thema „Persönlichkeitswert in der Unternehmung“. Wir wissen nicht, woran es liegt, daß die „Zeitschrift“, diesem Vortrag, der nach einem ausführlichen Bericht der „Buchdrucker-Woche“ gar nicht so übel sein konnte, bis jetzt eine so nebenfällige Bedeutung beigelegt hat und ihn mit knappen drei Sätzen zwar als ein Kernstück mit nachhaltigem Eindruck auf die Zuhörer zentrierte, aber sonst noch kein Wortchen über seinen Inhalt veröffentlicht hat. Wir nehmen an, daß der Referent den Persönlichkeitswert in der Unternehmung nicht nur auf Unternehmenseite in den Kreis seiner Betrachtungen gezogen hat. Daß er laut „Buchdrucker-Woche“ den Marxismus als Zirkel bezeichnend, ver-

üßeln wir ihm nicht. Denn wer die sehr heikle Aufgabe zu erfüllen hat, vor Unternehmern über Persönlichkeitswert in der Unternehmung zu referieren, der kann und darf selbstverständlich keine Verbeugung vor Karl Marx machen. Das Letztere wäre genau so unsinnig, wie es die Behauptung ist, daß der Marxismus schon längst erledigt und mausetot sei; während es in Wirklichkeit noch keine Zeit seit Marx gegeben hat, in der die Richtigkeit seiner Lehre in ihren wichtigsten Grundfragen eine stärkere Bekräftigung gefunden hat als es in der Gegenwart der Fall ist. Da jedoch die „Zeitschrift“ sich in dieser Sache bisher ausgeglichen hat, wollen auch wir von einer weiteren Prüfung dieser Doktorfrage zunächst Abstand nehmen. Auch die Beantwortung der Frage, warum gerade ein solches Thema auf einer Unternehmungstagung besonders erörtert werden mußte, gäbe noch Stoff zu allerhand zeitgemäßen und psychologischen Randbemerkungen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß in der Wahl dieses Themas seitens der Vereinsleitung ein mehr und mehr fühlbar werdendes Bedürfnis nach Persönlichkeiten in Unternehmungskreisen, d. h. an solchen Männern, die das Zeug und den Mut dazu haben, aus gewissen Sachgassen herauszuführen, seine Wirkung im Spiele hatte.

Bevor wir jedoch auf weitere Einzelheiten eingehen, möchten wir einige Bemerkungen zu dem Geschäftsbericht des Hauptvorstandes des Deutschen Buchdrucker-Vereins für das Jahr 1925 vorausschicken. Am Schlusse des Geschäftsjahres zählte der Verein 6619 Mitglieder. Das sind jedoch nicht auch ebenso viele Firmen; denn aus nicht wenigen Firmen gehören mehrere Personen dem Prinzipalverein an. Nach Feststellungen von Dr. Julius Blach, dem Verfasser eines vor kurzem erschienenen umfangreichen und sehr empfehlenswerten Wertes über die „Arbeits- und Lohnverhältnisse im Deutschen Buchdruckergewerbe 1914 bis 1925“ beträgt die Zahl der Firmen, die Ende Juli 1925 im Deutschen Buchdrucker-Verein ihre Vertretung hatten, 5856 mit insgesamt 59 080 Gehilfen. Da die neueste Statistik der Buchdruckerberufsgenossenschaft für das Jahr 1925 8687 Betriebe zählt, machen die im Deutschen Buchdrucker-Verein zusammengeschlossenen Betriebe nur etwa 67 Proz., aller deutschen Buchdruckereibetriebe aus; hinsichtlich der in diesen Betrieben beschäftigten Gehilfenzahl ergeben sich für den Organisationsbereich des DVB, von den insgesamt etwa 85 000 Gehilfen 70 Proz. Es sind demnach noch 33 Proz. aller Betriebe mit 30 Proz. aller Gehilfen außerhalb des Organisationsbereichs des Deutschen Buchdrucker-Vereins.

Wir beurteilen dies jedoch nicht nur als ein wenig erfreuliches Zeichen für den letzteren, sondern auch als eine Angelegenheit, die für die Durchführung und Aufrechterhaltung einheitlich geregelter und fortschrittlicher Arbeits- und Lohnverhältnisse für unsere Organisationsaufgaben von besonderer Bedeutung ist. Da auf die Zahl der nicht im Deutschen Buchdrucker-Verein organisierten Betriebe mit über 30 Proz. ziemlich der gleiche Prozentsatz der Gehilfen entfällt, so ergibt sich daraus, daß nicht nur kleine oder nebenfällige Firmen unter diesen Koalitionsabstinenten auf Unternehmenseite sind. Im Gegenteil. Aus Feststellungen von Dr. Julius Blach auf Seite 407 seines schon erwähnten Buches geht hervor, daß z. B. noch im Jahre 1920 das relative Verhältnis der Zugehörigkeit der deutschen Buchdruckereibesitzer zum Deutschen Buchdrucker-Verein bezüglich der Mittelbetriebe viel günstiger war als jenes der Klein- und Großbetriebe. Von der Gesamtzahl der Betriebe mit bis zu 10 Gehilfen (bis zu etwa 25 Arbeitern) waren im Jahre 1920 Mitglieder des DVB, 55 Proz., von den Firmen mit 11 bis 20 Gehilfen (oder 20 bis etwa 50 Arbeitern) 73 Proz., von den Firmen mit 21 bis 50 Gehilfen (oder 51 bis 100 Arbeitern) nahezu 100 Proz., und von

den Großbetrieben mit über 51 Gehilfen (oder über 100 Arbeitern) nur 62 Proz. Inwieweit sich dieses Verhältnis in den letzten fünf Jahren verschoben oder gebessert hat, entzieht sich zur Zeit noch unserer Kenntnis. Da jedoch für 1925 die Gesamtzahl der im DVB-Betrieben beschäftigten Gehilfen mit nur 59 080 auf Prinzipalsseite berechnet wird, so ergibt sich sogar aus dieser Zahl im Verhältnis zur Gesamtzahl der Gehilfen noch eine größere Differenz als vor fünf Jahren. Wird in Betracht gezogen, daß im vorigen Jahre die rund 85 000 Gehilfen auf 8687 Betriebe oder im Reichsdurchschnitt auf je einen Betrieb 10 Gehilfen entfallen, so ergibt sich für die Zusammensetzung dieser Außenleiter nach Betriebsgrößen kein anderes Verhältnis bezüglich der in ihnen beschäftigten Arbeiterzahl als für die Betriebe, die in der Mitgliederliste des DVB stehen. Denn auch im letzteren Falle waren Ende Juli 1925 in 5856 Betrieben 59 080 Gehilfen beschäftigt, also ebenfalls rund 10 Gehilfen auf einen Betrieb im Reichsdurchschnitt. Diese Feststellungen machen wir u. a. auch deshalb, weil die Mitgliederzahl des Deutschen Buchdrucker-Vereins seit 1920 von 5536 auf 6619 gestiegen ist, ohne jedoch der relativ starken Zahl der Außenleiter bezüglich ihres 30prozentigen Anteils an der Gesamtzahl der Betriebe und Arbeiterzahl Abbruch tun zu können. Es hat sich sogar nach einer Gegenüberstellung von Dr. Julius Blach der Prozentsatz der in Mitgliedsfirmen des DVB beschäftigten Gehilfen von 85 Proz. aller Gehilfen im Jahre 1921 auf 75 Proz. im Jahre 1925 reduziert.

Von einer Verbreiterung der Basis des DVB, kann also trotz Mitgliederzunahme in den letzten Jahren keine Rede sein. Die Ursachen dafür sind unrespektvoll sehr mannigfacher Art; aber es ist nicht unsere Sache, sie hier näher zu kennzeichnen. So nahelegend es nämlich sein könnte, daß eine einheitlich und geschlossene Unternehmerorganisation je nach ihrer gewerbes- und sozialpolitischen Leitung und Fundamentierung der Wahrnehmung der sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft einen zuverlässigeren Boden bieten könnte, geben allerhand Erfahrungen in den letzten Jahren in dieser Richtung doch mancherlei zu denken. Und wenn wir z. B. die meisten der neuzeitlichen Lohnabbauversuche im Buchdruckergewerbe ins Auge fassen, so beschränken sie sich fast durchweg auf DVB-Betriebe, während derartige Bestrebungen in andern Buchdruckereien, obwohl auch in diesen die übertarifliche Entlohnung üblich geworden ist, kaum in Erscheinung treten.

Ein uns während der Niederschrift vorstehender Zeilen zugegangenes offizielles Rundschreiben des Vorsitzenden des Kreises II (Rheinland-Westfalen) vom Deutschen Buchdrucker-Verein, des Herrn Otto, läßt sogar die Vermutung aufkommen, als ob eine anständige Entlohnung der Arbeiterschaft in den Buchdruckereien hauptsächlich in Mitgliederfirmen des Kreises II. des Deutschen Buchdrucker-Vereins der Bankrott dieser Firmen unabwendbar nach sich ziehen würde. Herr Otto macht nämlich in diesem Rundschreiben, im Interesse der Aufrechterhaltung der Betriebe „allen Mitgliedern seines Kreises zur Pflicht, mit allen Mitteln einen verknäuelten Lohnabbau durchzuführen. Er fordert also offiziell zu einer Reduzierung bisheriger Leistungen auf Prinzipalsseite auf! Das ist zwar nach tariflichen Grundätzen tarifwidrig; aber wenn es Herr Otto trotzdem als zulässig findet, dann wird wohl auch die Gehilfenschaft sich die ewige Seligkeit nicht verschmerzen, wenn sie Ottos organisierte Zurückhaltung der Leistungen auf Prinzipalsseite gegebenenfalls mit gleicher Münze heimzahlt. Vorläufig nehmen wir jedoch an, daß diese neueste Attacke des Herrn Otto auf einen Hörschüler seinerseits bei der Eisenacher Tagung zurückzuführen ist.

Die Bedeutung der öffentlichen Betriebe

Im Wechselspiel der widerstrebenden politischen und wirtschaftlichen Kräfte wird die Frage der Sozialisierung wieder einmal in internationalem Maßstab gestellt. In positivem und in negativem Sinne: hier als Bewegung zur Sozialisierung, dort als Abkehr von ihr, hier Bestrebungen zur Überführung wichtiger Produktionsmittel in den öffentlichen Besitz, dort deren Auslieferung aus öffentlicher Hand an das Privatkapital. Der englische Bergarbeiterstreik geht zwar um Löhne und Arbeitszeit; im Hintergrund steht jedoch die Frage der Sozialisierung der Bergwerke. Die Sozialisierung des Bodens, dessen Überführung in das Eigentum des Staates, ist in England bereits das Programm nicht nur der Arbeiterpartei, sondern auch der Liberalen. Selbst die landwirtschaftliche Fakultät der Universität Oxford erklärte sich für die Sozialisierung des Grundbesitzes. In Mexiko ist das Prinzip des staatlichen Eigentums für Boden und Naturschätze bereits in der Verfassung verankert, und der gegenwärtige Kampf zwischen Staat und Kirche geht in der Hauptsache um die Durchführung des Prinzips auch in bezug auf kirchlichen Besitz. Der Unabhängigkeitskampf auf den Philippinischen Inseln richtet sich vornehmlich gegen die Absichten des amerikanischen Kapitals, die bereits erfolgte Sozialisierung wichtiger Industriezweige abzubauen. Die Regierung der Vereinigten Staaten ist die verschworene Feindin aller Sozialisierung. Wenn heute in den romanischen Ländern, deren Währungen saniert werden sollen, in Belgien und Italien, wichtige Staatsbetriebe und staatliche Monopole dem privaten Kapital überantwortet werden sollen, so ist dabei der amerikanische Einfluß unverkennbar; das amerikanische Kapital fordert dies als Preis für die Finanzhilfe.

Auch in Deutschland scheint heute die Sache der Sozialisierung nicht besonders günstig zu stehen. Gelegentlich der großen Konzernzusammenbrüche im vorigen Jahr beklagte sich zwar das private Unternehmertum über die „kalte Sozialisierung“ des Reiches und der Länder, die einige Kohlengruben und Elektrizitätswerke der zusammengehörigen Konzerne angekauft haben. Was gekauft, war jedoch nicht viel. Die notleidenden Konzerne wurden aus staatlichen Mitteln unterstützt, ohne daß sich der Staat weitgehende Kontroll- oder Beschränkungsrechte gesichert hätte. In bezug auf die Elektrizitätswerke für Stromlieferung erklärte der Reichswirtschaftsminister erst kürzlich, daß deren Sozialisierung endgültig „abgetan“ sei, unbedünnt um die Tatsache, daß das Gesetz von 1919 für die Sozialisierung der großen Kraftwerke heute noch zu Recht besteht. Auch das Schicksal der Deutschen Werke, deren Zertümmern, obwohl sie mit geringen staatlichen Krediten zu vermeiden gewesen wäre, geizt, daß die Widerstände gegen die Sozialisierung noch außerordentlich groß sind. Dennoch darf man die bereits erfolgte Ausbeutung der Gemeinwirtschaft der Unternehmungen des Reiches, der Länder und der Gemeinden nicht unterschätzen.

Von der Gestaltung der politischen Machtverhältnisse wird es abhängen, wie diese Entwicklung weitergehen wird. Hat sie etwas mit Sozialismus zu tun? Man wird wohl sagen können, daß Staatskapitalismus noch kein Sozialismus sei, und dem wird man beipflichten müssen. Auch wird es stimmen, daß die Überführung der großen Privatkonzerne in den Besitz der Gesellschaft, sobald einmal die Verhältnisse hierzu reif geworden sind, ebensojagt stattfinden kann, wenn vorher keine Sozialisierungen erfolgen. Andererseits wird niemand bestreiten können, daß die Ausdehnung der öffentlichen Wirtschaft, wenn sie auch nicht den Sozialismus bedeutet, so doch auf dem zu ihm führenden Wege liegt. Insofern sollen uns diese Probleme hier nicht beschäftigen. Vielmehr möchten wir die Frage ganz konkret und praktisch, für unsere Tage gültig stellen und zunächst einmal nur prüfen, was die öffentlichen Betriebe bereits heute zu leisten vermögen.

Die gegenwärtige tragische Lage des Arbeitsmarktes gibt hierfür den geeigneten Ausgangspunkt. Man trifft Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung, um die Zahl der Arbeitslosen und der Kurzarbeiter zu vermindern. Bei der Auslieferung begegnet man aber den größten Schwierigkeiten sowohl technischer wie finanzieller Natur. Die Arbeitspläne sind nicht da, sie müssen erst gemacht werden, und es fehlt an finanziellen Mitteln. Obwohl mit der Arbeitslosigkeit früher schon gerechnet werden konnte, beginnt man Maßnahmen zu ergreifen, als bereits Millionen arbeitslos sind. Erst die Ausdehnung der öffentlichen — staatlichen und kommunalen — Betriebe würde eine systematische Vorbeuge für die Arbeitsbeschaffung für Zeiten der Arbeitslosigkeit ermöglichen. Erst dann wäre es möglich, die Pläne für den weiteren Ausbau der Betriebe noch rechtzeitig in der Periode der guten Beschäftigung fertigzustellen und auch für die Finanzierung Vorbeuge zu treffen. Dies wurde selbst in den Vereinigten Staaten anerkannt, als gelegentlich der großen Arbeitslosigkeit im Krisenjahr 1921 eine Regierungskommission über die Beschäftigung der Arbeitslosigkeit ihr Gutachten in diesem Sinne verfaßte; die Unternehmungen des internationalen Arbeitsamtes zeigen ebenfalls in diese Richtung.

Zu diesen Arbeiten braucht man Kredit. Die Kreditfähigkeit der öffentlichen Körperschaften ist aber ohne Zweifel größer als in der Privatindustrie. Gleichgültig ist dabei, daß die Haftung der Gesamtheit der Steuerzahler zur Steigerung der Kreditfähigkeit führt. Im übrigen

brauchen die Steuerzahler zur Tilgung dieser Kredite normalerweise überhaupt nicht herangezogen zu werden, weil aus dem Ertrag der produktiven Neuanlagen die Kredite in der Regel zurückgezahlt werden können. Bei der Kreditgewährung kommt es auf das Vertrauen an die Zahlungsfähigkeit des Schuldners an, und dieses ist für öffentliche Körperschaften als Kreditnehmer vorhanden. Das amerikanische Kapital hat trotz seiner privatwirtschaftlichen Einstellung die öffentlichen Betriebe durchweg bevorzugt, weil sie ihm die Rückzahlung am sichersten gewährleisten.

Noch mehr werden die Vorteile der öffentlichen Betriebe gegenüber den privaten aus dem Gesichtspunkt der Verbraucher und der Arbeiter ersichtlich, wenn man an die Folgen der Rationalisierung der Produktion denkt. Freilich werden auch die öffentlichen Betriebe zur Rationalisierung der Produktion, zu organisatorischen und technischen Neuerungen schreiten müssen, wobei ein Abbau der Beschäftigten und manche andre Härten oft nicht zu vermeiden sind. Und trotzdem zeigen sich die Folgen der Rationalisierung bei den öffentlichen Betrieben ganz anders als bei den privaten! Eine Überfüllung der Rationalisierung, das Einschlagen eines zu raschen Tempos, das bei den privaten Unternehmungen infolge der Konkurrenzverhältnisse oft unvermeidlich ist, selbst wenn sie sich bezahlte macht, wird bei den öffentlichen Betrieben nicht nötig sein. Damit wird das Tempo des Abbaus der Arbeiter weniger heftig sein müssen. Das Beispiel der Deutschen Reichsbahn, wo die Rationalisierung der Produktion in den Werkstätten mit einem außerordentlichen Abbau des Personals einherging, ist deshalb nicht zutreffend, weil die Reichsbahn unter dem schweren Druck der Reparationsgläubiger steht und bei ihrer Verwaltung kapitalistische Einflüsse vorherrschen. Sonst wird aber die Rationalisierung der öffentlichen Betriebe nicht die Härten der privaten Rationalisierung aufweisen. Mühen da Arbeiter entlassen werden, so werden sie in bezug auf Entschädigung, Überfüllung in andre Arbeit ganz anders behandelt als bei Privatunternehmungen. Vollends besser gestaltet sich die Lage der Weiterbeschäftigten. Die Rationalisierung der Produktion stärkt infolge der Vergrößerung der industriellen Reservearmee die Machtstellung der Unternehmer. Sie vermögen ihre Macht zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, Verlängerung der Arbeitszeit oder zu Lohnkürzungen zu mißbrauchen, wenn sie daran durch starke Gewerkschaften nicht gehindert werden. Bei den öffentlichen Betrieben ist der Einfluß der Arbeiter vielfach stark genug, um solche Versuche zu verhindern. Was aber die Verbraucher betrifft, so können diese die Früchte der Rationalisierung, die Ermäßigung der Produktionskosten, in Form von Preisverbilligung ganz anders genießen, als dies bei privater Rationalisierung der Fall ist. Gewiß üben auch die öffentlichen Betriebe eine „Einnahmepolitik“ und verwenden einen Teil der Einkünfte oft übertrieben zur Deckung der allgemeinen öffentlichen Ausgaben. Dennoch ist der Unterschied zwischen dem Profitstreben der privaten Unternehmungen, das die Erfolge der Rationalisierung in Profit umwandeln möchte, und der Einnahmepolitik der öffentlichen Betriebe ein gewaltiger!

Diese beiden heute so aktuellen Beispiele der Arbeitsbeschaffung und der Rationalisierung mögen die Vorteile der öffentlichen Betriebe für Krisenzeiten auch aus den praktischen Gesichtspunkten der Verbraucher und der Arbeiter beleuchten. Es erübrigt sich, zu sagen, daß sie als Instrumente der Gemeinwirtschaft eine höhere Stufe der gesellschaftlichen Produktion darstellen.

Rationalisierungsfragen

Betrachtet man die Wesensmerkmale der Rationalisierung, so zeigt es sich gerade in unserm Gewerbe, daß wir nicht im Anfangsstadium dieser neuen Wirtschaftsform, sondern bereits mitten drin stehen. Um die Begründung dieses Satzes zu geben, ist es jedoch notwendig, näher in diese Materie einzudringen. Unter Rationalisierung verstehen wir ganz kurz gefaßt: „Die Steigerung der Leistungsfähigkeit auf das höchstmögliche Maß.“ Zur Erreichung dieses Zieles ist es jedoch Voraussetzung, daß die Grundprobleme oder, besser gesagt, die Grundpfeiler der Rationalisierung geschaffen sind und intensiv an ihrer Verbesserung gearbeitet wird. Ein rationales Gesetz der Wirtschaft zerlegt diese in fünf Teile, und zwar in die Arbeitstechnik, in die Arbeitsorganisation, in die Stoffwirtschaft, in die Energiewirtschaft und in die Transportwirtschaft. Diesen fünf Wirtschaftspfeilern gliedert sich als höchste und wichtigste Stütze die Menschenwirtschaft an, die als übergeordnet über die andern fünf Stützpfiler zu betrachten ist.

Eine Erweiterung dieser Grundpfeiler ist notwendig, wenn ein absolutes Verständnis in die große Masse aller im Wirtschaftsleben stehenden Gewerkschaftsmitglieder hineingetragen werden soll. So verstehen wir unter Arbeitstechnik die Gestaltung von Arbeitsmittel und der Arbeitsform, eine Tätigkeit, die den geistigen Willen des Menschen als Träger benötigt und gebraucht. Wir finden ihn in den Konstruktionsbüros und Zeichenbüros unserer Industriebetriebe, in den technischen Arbeitsstudien unserer Spezialmaschinenfabriken. Unter Arbeitsorganisation ist die zweckvolle Gliederung der einzelnen Produktionsstationen zu verstehen, wohl das wichtigste Glied in der Kette des Produktionsprozesses. Ganz primitiv versteht man darunter das „Hand-in-Hand-Arbeiten“, das sogenannte „Hintereinanderweg-

Arbeiten“. Die Entwidlung dieses primitiven Gedankens führte zu dem Begriff des „gleitenden Bandes“, dessen Anwendung dem Ford-System den Aufschwung gebracht hat und dessen Einführung in Deutschland vielerorts zu verzeichnen ist. Es wäre falsch, sich der Entwidlung dieser Arbeitsorganisation entgegenzustellen. Auch die Entwidlung der Wirtschaft ist ein eignes Muß. Aufgabe der Gewerkschaften ist es, die in e n s h l i c h e n Triebmotore dieses „Kanals- oder Fließsystems“ reiflos zu erfassen, sie ihrer Bedeutung im Produktionsprozeß bewußt zu machen, aber auch gleichzeitig mit dem Bewußtsein zu durchdringen, der Allgemeinheit gegenüber verpflichtet zu sein. Der S t o f f w i r t s c h a f t ist die Aufgabe zugewiesen, die Vertiefener und reiflose Ausnutzung des Rohprodukts herbeizuführen. Sie schließt in sich die Verbrauchs- und die Abfallwirtschaft, Werdegänge, wie wir sie in der gesamten Industrie, hauptsächlich in der Kohlenindustrie bereits in Bild und Schrift kennengelernt haben. An der Vervollständigung der Abfallwirtschaft wird und muß emsig gearbeitet werden, da die Verbilligung der Ware die Belegung des Marktes mit sich bringt. Es sei hierbei auf die Versuche, bedrucktes Zeitungspapier seinem früheren Zweck wieder teilweise nutzbar zu machen, hingewiesen. Unter E n e r g i e w i r t s c h a f t ist die Reduzierung der Arbeitskraft, das Sparen an Menschenkraft zu verstehen. Damit soll nicht gesagt sein die Ausschaltung des Menschen überhaupt, sondern die Entlastung des körperlichen Schaffens durch höhere Belastung des geistigen Willens. Nicht ausführender, sondern ausführender Faktor, der jene die Energie in sich bestehenden Arbeitsmittel, also alles, was in der Mitte zwischen Mensch und Arbeit selbstständig steht, in fortlaufender Beobachtung hält. Die Beispiele hierfür bieten uns die vollautomatischen Maschinen unres eignen Gewerbes, deren Bewachung wohl jetzt nicht mehr befristet wird, deren Leistungsmöglichkeit von den Maschinenfabriken zum Teil aber übertrieben wird. Hört diese übliche Methode auf, wird auch der Widerstand des Menschen ein geringerer werden. Die T r a n s p o r t w i r t s c h a f t, die wohl richtiger als Fließwirtschaft zu bezeichnen ist, soll die Arbeit dem Arbeiter zuführen. Nicht neu ist dieser Wirtschaftszweig, er hat jedoch seine außerordentliche Bedeutung erst in der rationalisierten Wirtschaftsform erkennen lassen. Waren in der Vorkriegszeit nur vereinzelte Erscheinungen vorhanden, so ist ihre Anwendung jetzt ungeheuer gewachsen. Bedenkt man, daß vereinzelte in unserm Gewerbe, z. B. im Zeitungsbetrieb, die Fließwirtschaft eingeführt ist, wird man an der weiteren Ausbreitung dieses Wirtschaftszweiges keinen Zweifel setzen.

Es versteht sich von selbst, daß diese ungeheure Umwälzung in der Industrie und Wirtschaft eine vollständige Umgestaltung der M e n s c h e n w i r t s c h a f t herbeigeführt hat. Zu weit würde es führen, wollte man die Monotoniefrage, die Lehre der Verbodung des Menschen, zum Arbeitsprozeß näher erläutern. Die Tatsache besteht, daß wir Berufsmenschen, außer den sogenannten freien Berufstätigen, wie Schriftsteller, Gelehrte, Maler usw., zu Facharbeitern umlernen mußten. Betrachtet man die Entwidlung der Industrie, so finden wir, daß der gelehrte Arbeiter nur ein handwerklicher Arbeiter gewesen war, der durch den Fortschritt der Arbeitstechnik und mit ihr der Arbeitsmittel zum Facharbeiter umlernen mußte. Beispiele in unserm Gewerbe liefern uns die Maschinensetzer, die Rotationsmaschinenmeister, die Stereotypenrechner an automatischen Gießmaschinen und so fort. Es wäre jedoch verfehlt, dieser modernen Entwidlung pessimistisch gegenüberzutreten. Die Gewerkschaften haben es bereits erkannt, daß je feiner die moderne Industrieentwicklung, um so e m p f i n d l i c h e r ist der Verlust von Facharbeitern.

Diese Erkenntnis zwingt die Gewerkschaften, an eine Weiterentwicklung ihrer Organisationsprobleme heranzugehen. Beziehung der Facharbeiter im sozialistischen Geiste, Unterordnung derselben in allen Neuerungen ihres Fachgebietes und die reiflose Erfassung der der Organisation noch fernstehenden Fachkräfte. Man muß der Buchdruckerorganisation das Kompliment machen, daß sie es verstanden hat, die Zeichen der Zeit für die wirtschaftlichen Vorteile ihrer Mitglieder voll auszunutzen. Im menschlichen Leben sind wirtschaftliche Fragen reine Machtfragen. Ohne Zweifel bringt die Rationalisierung der Wirtschaft eine Arbeitslosigkeit, für deren Bekämpfung die Gewerkschaften immer und sofort einzutreten sind. Liegt es bei dem Staat, die Unterfüllung der Arbeitslosen zu gewährleisten, so ist es Aufgabe der Gewerkschaften unter Einfluß der ganzen Macht der in ihren Reihen befindlichen Fachkräfte, durch Verringerung der Arbeitszeit, durch reiflose Ausnutzung jeglicher Doppelergebnisse, selbst im Siedlungswesen, und durch vorübergehende Unterbindung jeglicher Überzeitarbeit die Wiedereinrichtung der Arbeitslosen in den Arbeitsprozeß herbeizuführen. Welche ungeheuren Aufgaben stehen noch hier unsern Betriebsräten bevor. Es ist eine bewusste Unwahrheit, die hohen Löhne als die Quelle alles Übels zu bezeichnen. Denn in den meisten Industrien spielt bei der Kalkulation der Lohn eine untergeordnete Rolle; in den sogenannten Geschäftsunkosten (ausschließlich Lohn) liegt vielmehr das ganze Geheimnis. Bringt die Rationalisierung der Wirtschaft einen Preisabbau, so ist die Steigerung des Reallohnnes gegeben, welches wiederum durch die Steigerung der Lebensbedürfnisse der breiten Masse eine ungeheure Belegung des Marktes mit sich bringt. Nimmt die Rationalisierung unser Wirtschaft diese Formen an, so wäre es verfehlt, ihr Widerstand entgegenzusetzen.

Korrespondenzen

Greifswald. Eine Feier des 60 jährigen Verbandsjubiläums, des 60 jährigen Stiftungsfestes des Ortsvereins Straßund, des Bezirksjahrsamstages und die Abhaltung einer Bezirksversammlung. Alle diese Veranstaltungen fanden am 28. und 29. August in Straßund statt. Zahlreich waren die Bezirkskollegen und Gäste sowie der Straßunder Ortsverein der Einladung des Bezirksvorstandes nachgekommen, so daß der große Saal des „Gewerkschaftshauses“ die Erscheinenden nicht zu fassen vermochte. Eingeleitet wurde der Festabend durch einige Musikstücke und den Festakt „Goldene Worte dem Sechzigjährigen“, verfaßt vom Kollegen Alfred Freitag (Berlin), gesprochen vom dem Kollegen Kothé (Greifswald) und Dinse (Straßund). Sodann folgten Begrüßungsansprachen des Straßunder Ortsvereinsvorsitzenden Brandt, der die Festteilnehmer herzlich willkommen hieß in den Mauern Greifswalds, und unfers Bezirksvorsitzenden Warkne, der die Verdienste der alten Straßunder Kollegen für ihren Ortsverein besonders hervorhob. Weiter war es ihm nicht vergönnt, den Kollegen Käst (Straßund) für 50jährige Verbandsmittelschaft zu ehren, da selbiger nur einigen Wochen zur großen Arme abberufen worden ist. Den Glückwunsch vom Obergau überbrachte unser Gauvorsitzer G. Reine (Stettin). Unsere vorbildliche Organisation und das gute Einvernehmen mit den andern Gewerkschaften würdige Gewerkschaftssekretär und Landtagsabgeordneter Ritzmann (Straßund) und trant auf das Wohl des Straßunder Ortsvereins. Hierauf folgten zwei Gefangensvorträge des Arbeitergefangenenvereins „Vorwärts“ (Straßund). Den Höhepunkt des Abends bildete die Festansprache unfers lieben Landmannes, des Kollegen Reisebeck (Berlin), Beisitzer im Verbandsvorstand. In kurzen Worten schilderte er die Entstehung unfers Verbandes sowie dessen Weiterentwicklung bis zur Jetztzeit, ausklingend in die Mahnung an die junge Generation: „Was euch die Alten hinterlassen, haltet fest und bauet weiter daran, dann seid ihr für alle Zeiten gesichert.“ Kaufmännischer Beifall folgte diesen Ausführungen. Durch Singen eines allgemeinen Liedes, Charaktervorträge des Kollegen Kothé (Greifswald), humoristische Ausführungen des Strelow-Terzetts und des Kollegen Dinse (Straßund) und turnerische Vorführungen des Straßunder Arbeiterturnvereins wurde der weitere Teil des Abends ausgefüllt. Den Schluß des theatralischen Teiles bildete die Krausführung des einaktigen Familienbühns am dem Buchdruckerleben: „Immer Kollege“, verfaßt vom Kollegen Alfred Freitag (Berlin), das hübscheste Beifall fand. Hierauf kam der Tanz zu seinem Rechte. An Geschenken wurden dem Straßunder Ortsverein gestiftet vom Gau eine Vereinslocke, vom Bezirk ein silberner Pokal und vom Ortsverein einwemende eine in schwarzem Einrahmen gefasste Silbergravierung. Der Ortsverein Straßund und der Festausgäbe hatten eine kleine Festschrift herausgegeben, die allgemeinen Beifall fand. — War der Vorabend der Geselligkeit und Fröhlichkeit gewidmet, so veranfaßten sich die Kollegen am nächsten Morgen zu ensther Arbeit. Am 12 Uhr eröffnete unser Bezirksvorsitzer Warkne die Bezirksversammlung in Lung und begrüßte insbesondere die von auswärts Erscheinenden und als Gäste den Ratsherrn Kortüm (Straßund), den Vorsitzenden vom Ortsrat Straßund und den Bezirksvorsitzenden Wangelin (Gömnitz), der auf der Urlaubreise war. Nach Feststellung der Anwesenheitsliste ergab sich, daß folgende Orte vertreten waren: Anklam mit 10, Barß mit 6, Sahnitz mit 4, Putbus mit 12, Demmin mit 7, Poitz mit einem, Straßund mit 50, Grimmen mit 8, Greifswald mit 49, Idernmünde mit einem, Swinemünde mit 18 und Franzburg mit einem Kollegen. Nicht vertreten waren die Orte: Wolgast, Zinnowitz und Torgelow. Insgesamt also 167 Teilnehmer von 250 Bezirksmitgliedern. Das Hinscheiden eines lieben alten Kollegen ehrte die Versammlung durch Erheben von den Sitzen. Nimmehr erstattete Kollege Warkne den Geschäftsbericht und betonte, daß die Verhältnisse im Bezirk fast die gleichen geblieben sind, nur in Wolgast haben sie sich wieder verschlechtert. Den Ratsherrnbericht gab Kollege Herzeberg (Greifswald). Es war danach ein Besland von 113,95 M. zu verzeichnen. Nach dem Bericht der Revisoren wurde dem Gesamtvorstand Entlastung erteilt. Nimmehr referierte Kollege Reisebeck über: „Die Lage der Wirtschaft und die Gewerkschaften.“ Redner verstand es, in kurzen, aber trefflichen Worten die Aufmerksamkeit der Versammlung wachzuhalten. Reicher Beifall lohnte ihm sowohl während des Vortrags als auch am Schluß seiner Ausführungen. Der Antrag des Bezirksvorstandes betreffs Streichung des § 5 Abs. 5 (Sterbeunterstützungssatz) im Bezirksstatut wurde angenommen. Der bisherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Die nächste Bezirksversammlung findet im Frühjahr in Greifswald statt. Für die streikenden Bergarbeiter in England wurde eine Unterstützung von 50 M. aus der Bezirkskasse bewilligt. Zum Schluß sprach der Vorsitzende der Reichsbannerpartei Straßund den Dank aus für ihr stilles Spiel während der Einholung der Bezirkskollegen vom Bahnhof. Somit war auch der organisatorischen Sache Genüge getan und man konnte sich zu Tisch setzen, um sich für nachmittags zu stärken. Dies es doch auch noch, das Johannisfest zu feiern. Dieses verließ bei Gartenkonzert, Schießen, Taubenschießen, Würfeln, Kinderbelustigungen und nochmals Tanz bei herzlichstem Wetter zu aller Zufriedenheit. Nur schwer trennte man sich von den uns lieb gewordenen Straßunder Kollegen als die Abschiedsstunde schlug. Nochmals sei ihnen an dieser Stelle gedankt für die Gastsfreundschaft und die frohen Stunden, die sie uns bereitet haben.

Heilbronn. (Drucker.) Der hiesige Druckerverein konnte in diesem Jahr sein 25 jähriges Gründungsjubiläum feiern. Aus diesem Anlaß hatte sich die Vereinsleitung bemüht, den Kollegen auch in technischer Beziehung etwas zu bieten, und sie kam zu dem Entschluß, die Schnellpressenfabrik von König & Bauer in Würzburg zu besichtigen, was auch von der dortigen Direktion genehmigt wurde. Der Druckerverein hatte die Prinzipale der Heilbronner Druckerei von diesem Vorhaben benachrichtigt und durch Freigabe des Sonnabends, 14. August,

wurde den Kollegen die Besichtigung der Fabrik ermöglicht. Am 13. August, abends 6 Uhr, fuhrten ungefähr 60 Kollegen mit einigen Damen nach der Frankensstadt Würzburg. Am 11 Uhr kamen wir dort an. Von den Würzburger Druckerkollegen wurden wir empfangen und in unser Stadquartier geleitet, wo alsbald die Quartierzettel ausgegeben wurden. Am 14. August fuhrten wir nach Zell zur Besichtigung des Wertes. Der Verein wurde im Auftrage der Direktion von Herrn Bezirksvertreter Kuntel begrüßt. Nach einer kurzen Einführung über Entstehung des Wertes und dessen Weiterentwicklung wurde mit der Führung in Gruppen begonnen. Die Besichtigung des ganzen Wertes dauerte ungefähr drei Stunden. Anschließend spendete die Direktion den Heilbronner Kollegen im „Bürgerbräu-Keller“ ein gutes Mittagessen. Die Vereinsleitung hatte bei dieser Gelegenheit der Firma besten Dank ab. Anschließend an das Mittagessen fuhrten die Kollegen mittels Kraftwagen nach Würzburg. Hier wurden dann die Sechenswürdigkeiten der Stadt besichtigt. Abends veranstalteten die Kollegen von Würzburg zu Ehren der Heilbronner Gäste einen gemütlichen Abend, bei welchem auch der Kollegegefangenenverein Würzburg mitwirkte; Konzert, Gesang und humoristische Vorträge verhönten die Feier. Auch die Vorstände von Heilbronn und Würzburg kamen zum Wort, und es entwickelte sich bald ein echt kollegialer Verkehr. Am Sonntag wurde noch die Umgebung von Würzburg besichtigt. Am 6 Uhr abends fuhrten wir wieder der Heimat zu, und alle Teilnehmer waren hochzufrieden. Der Firma König & Bauer sei auch an dieser Stelle nochmals bestens gedankt, ebenso den Führern für ihre ausgezeichneten Erklärungen sowie den Würzburger Kollegen für die gute Aufnahme. Wir rufen ihnen ein „Auf Wiedersehen in der Rätehohenstadt Heilbronn“ zu.

Hildesheim. Unsere zweite diesjährige Bezirksversammlung fand am 5. September in der herrlich gelegenen Bergstadt Klausthal-Zellerfeld im Obergau bei überaus zahlreicher Beteiligung statt. Zum erstenmal fanden sich die Kollegen des Bezirks Hildesheim dort zusammen. Bezirksvorsitzender Freuteil eröffnete die Versammlung, nachdem die „Typographia“ (Hildesheim) ein Begrüßungslied vorgetragen und der Vertrauensmann der Klausthaler Kollegen die Erscheinenden begrüßt hatte. Nach Erledigung einiger Mitteilungen konnte zum Hauptpunkt der Tagesordnung geschritten werden: „Nachlese vom Verbandstag.“ Als Referent war unser Gauvorsitzer Pfingst (Sannover) erschienen, der es ausgezeichnet verstand, in seinen Ausführungen über die Verhandlungen des Verbandstages den Kollegen noch manches Wissenswertes zu sagen, so daß er reichen Beifall erntete. Aus den Berichten der Ortsvertrauensleute ging hervor, daß in allen Orten die Verhältnisse in organisatorischer und tariflicher Hinsicht zufriedenstellend sind. Ein Antrag des Bezirksvorstandes zwecks Errichtung einer obligatorischen Sparkasse für eine im nächsten Jahre geplante gemeinsame Fahrt nach Berlin zur Besichtigung des Verbandshauses verfiel der Ablehnung. Die nächste Bezirksversammlung findet in Hildesheim statt. — Den Klausthaler Kollegen für die freundliche Aufnahme, die...sie...den auswärtigen Bezirksmitgliedern bereiteten, herzlichen Dank.

Leipzig. (Korrektoren.) Mit der Versammlung am 30. August, die sehr gut besucht war, begann der Leipziger Korrektorenverein seine Winterarbeit. Im Vorbergrunde der Verhandlungen standen organisatorische Zeitfragen. Geht auf den läudlichen Zusammenstoß unserer Berufs Kollegen soll darangegangen werden, die ärgsten Schäden der Korrektorbewegung zu beheben. Der Gauvorstand, die Maschinenfeger und insbesondere der Vorstand der örtlichen Handwerkervereingung haben uns ihre Mithilfe zugesagt. Aus dem Rahmen der ungemiein regen Aussprache traten vor allem drei Punkte heraus: die Heimarbeit, die Vermehrung der Arbeitsgelegenheit des Fachkorrektors und die Hintanhaltung des weiteren Vordringens von Nichtfachleuten, die Bedingungen für die Aufnahme von Nichtfachleuten in den Verband. In allen Punkten konnte im Zusammenarbeiten mit den vorgenannten Körperschaften eine Einigung erzielt werden. Die Aussprache brachte Belege für immer noch bestehende herufschäbende Seimarbeit und zeigte manch trales Mißverhältnis auf zwischen der Anzahl der Korrektoren und der Gesamtzahl des vorhandenen technischen Personals in einzelnen Betrieben, so daß dem Wirken der Sparte noch ein weites Betätigungsfeld bleibt. Anausgeleitet werden gelang es, weitere sechs Kollegen dem Verein zuzuführen. Der Vorbereitung eines Pfingstfestes 1927 in Dessau abgushaltenden Mitteldeutschen Korrektorentages wurde zugestimmt. Eine unverbindliche Vorkonferenz, an der Vertreter des Gau Leipzig, Dresden und Halle teilnahmen, hat bereits stattgefunden. Es stellt zu hoffen, daß sich auch die andern in Frage kommenden Gaus anschließen werden.

Wgt. Am 5. September fand in Löben die diesjährige Herktagitationsserversammlung statt, die, abgesehen von einigen kleineren Orten, die infolge der ungünstigen Wohnverbindung nicht erscheinen konnten, recht gut besucht war. Vom Gauvorstand waren erschienen Gauvorsitzer Reißner und Kollege Liedtke. Vorsitzender Reissner eröffnete die Versammlung mit der Begrüßung der Kollegen, insbesondere der vom Gauvorstand erschienenen, sowie dreier Durchreisenden. Der frühere Bezirksvorsitzende Buchsleiner (Wgt) wurde als Versammlungsleiter für die allgemeinen Buchdruckerveranstaltungen gewählt. Alsdann erteilte dieser unfers Gauvorsitzer Reissner und zu seinem Referat: „Die deutsche Wirtschaft und die Organisationen“, das Wort, das mit großem Beifall aufgenommen wurde. Anschließend daran gab Kollege Reissner noch kurz einen Überblick über die neuen Unterstützungssätze, die am 26. September in Kraft treten. Schatz kritisiert wurde die zu niedrig bemessene Invalident Unterstützung, und es wurde eine entsprechende Resolution dem Verbandsvorstand überhant, in der zum Ausdruck kommt, daß die Kollegen gern für diesen Zweck eine weitere Erhöhung des Verbandsbeitrages hingenommen hätten. Nach kurzer Aussprache und Erledigung unserer Angelegenheiten fand die Versammlung ihren Abschluß, und man blieb noch ein Stündchen gemütlich beisammen.

Allgemeine Rundschau

Internationale Presseausstellung in Köln 1928. Die Vorarbeiten für die große internationale Presseausstellung, die die Stadt Köln in Verbindung mit den maßgebenden Fachorganisationen im Jahre 1928 veranstaltet, sind — wie uns vom Messenamt Köln mitgeteilt wurde — jetzt so weit gediehen, daß die konstituierende Sitzung der Ausstellung am 20. Oktober in Köln stattfinden kann. In dieser Sitzung, an der Vertreter aller einschlägiger Presse- und Industrieverbände und der zeitungswissenschaftlichen Institute sowie auch der Reichsregierung teilnehmen werden, soll das Programm der Ausstellung festgelegt werden und die Bildung der Arbeits- und Organisationsausschüsse erfolgen. Auch unsere Organisation wird auf erfolgte Einladung in der konstituierenden Sitzung vertreten sein.

Zum Streit um das Alter der Ansichtskarte. Abschließend seien hier noch zwei Zuschriften erwähnt, die uns dieser Tage aus Kollegenkreisen zugegangen. In der einen teilt uns ein alter Kollege aus Braunsig (Bezirk Breslau) mit, daß ihm die erste Ansichtskarte auf der Waise im Sommer 1875 auf dem Kuffhäuser zu Gesicht gekommen ist, die dort von einem Händler mit Kundenkarten usw. selbgeboten wurde. Es ist anzunehmen, daß die Entstehung der Ansichtskarte nach der im Jahre 1870 erfolgten Einführung der Postkarte auf die damals bestebenden Briefbogen mit Ansichten von Städten und sonstigen Sehenswürdigkeiten zurückzuführen ist. Solche Briefbogen mit lithographischen Bildern auf der ersten Seite waren schon in den fünfziger und sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts üblich. Seit dem Jahre 1875 ist die Ansichtskarte in Deutschland durch postfaktliche Beförderung populärer. In der zweiten Zuschrift wurde uns mitgeteilt, daß ein Altenburger Lehrer wohl sämtliche dort erschienenen Ansichtskarten bis zum Jahre 1918 gesammelt hat; es sind über 3000. Die älteste Karte stammt aus dem Jahre 1880. Sie zeigt vier kleine Ansichten von Altenburg, Schloß, Rathaus, Plateau und Stegesdenkmal. Eine andre Karte zeigt das Bauernhaus auf der Altenburger Landesausstellung 1886. Vom Jahre 1890 an datiert die Massenherstellung von Ansichtskarten. Mit der Wiedergabe dieser beiden letzten Zuschriften betrachten wir die aufgerollte Streifenkarte über den Zeitpunkt der Entstehung der Ansichtskarte als für den „Kort.“ erledigt.

Jubiläumfeier der Prager Schriftgießer. Vom Vorstand des Klubs der Prager Schriftgießer wurde uns zwecks Bekanntgabe mitgeteilt, daß die Vereinigung der Prager Schriftgießerkollegen am 17. Oktober das Jubiläum ihres 25jährigen Bestehens festlich zu begehen gedenkt. Unter den Begründern der Vereinigung befanden sich auch reichsdeutsche Kollegen. Die Festveranstaltung findet im Verbands Hause der „Typografika Beseda“ in Prag II, Smecty Nr. 27, statt.

Trauriges Zeichen der Zeit. In Nr. 218 des „Anstädter Anzeigers“ war folgendes Inserat zu lesen: „Junger, erfahrener Schneidewilliger, mit sämtlichen Holzbearbeitungsmaschinen vertraut, sucht Dauerleistung, Reparaturen selbständig. Jede einen Tag Probearbeit gratis und unentgeltlich. Lohn nach Gutachten des. Unternehmers. Offerten usw.“ Diese Botschaft um Gunst und eitles Brot kann nur von einem Arbeiter ausgehen, der den Wert der gewerkschaftlichen Organisation noch nicht begriffen hat. Die Gewerkschaften sind eifrig befehrt, dem Arbeiter den gebührenden Anteil an der Arbeit zu verschaffen. Nicht teilnehmen am geistigen Fortschritt seiner Zeit heißt moralisch im Rückstand sein.

Nachfall der Silberbergischen Rede. Von den verschiedensten Seiten sind inzwischen Bekundungen zur Rede des Großindustriellen Silberberg auf der diesjährigen Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie in Dresden, zu der auch wir im Leitartikel der Nr. 72 Stellung nahmen, laut geworden. I. a. äußerte sich der Vorsitzende des ADGB, Theodor Leipart zur Rede Silberbergs. Er hob die politische Bedeutung des Bekenntnisses zur Republik hervor und bezeichnete dieses als eine zu begrüßende Wandlung der Geister im Unternehmertum. Verwahrung legte Leipart ein gegen die Umdeutung Silberbergs, daß einige Bestimmungen der Reichsverfassung geändert werden müßten, verumfaßt diejenigen in Artikel 165, die von der Gleichberechtigung der Arbeiter und Angestellten mit den Unternehmern bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie von ihrer Mitwirkung an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte handeln. Leipart kritisierte ferner die schamlosartigen Ausführungen des Geheimrats Kraft auf der Dresdener Tagung und sagte seine Ansicht über die Silberbergische Rede dahin zusammen, daß die Stellung der Unternehmer zur allgemeinen Sozialpolitik sich nicht verändert habe, die Gegenstände in den sozialpolitischen Auffassungen zwischen freien Gewerkschaften und Unternehmen ungeschwächt fortbestehen, und die Frage einer Wiederaufrichtung einer Zentralarbeitsgemeinschaft zu verneinen sei. Ebenowenig seien die Gewerkschaften bereit, sich unter die Führung der Unternehmer zu begeben. Die Gewerkschaften würden nicht nachlassen, die Entwicklung zur Gemeinwirtschaft mit allen Kräften zu fördern. Ein andrer bekannter Gewerkschaftler, Robert Schmidt, beurteilt den in Dresden zutage getretenen Gesinnungsumschwung im deutschen Unternehmertum ebenso wie wir, wenn er in der „Solgarbeiterzeitung“ darüber u. a. schreibt: „Das Unternehmertum hat seine internationale Verständigung gefunden im Kalibergbau, im Montantrauf, im Farbertrauf, in den Elektrowerken, im Olftrauf und in andern Verbindungen, um über das politische zerrissene Europa die kapitalistische internationale Einheit zu stellen. Diese Entwicklung ist eine zwangsäufige, sie räumt mit alten Vorurteilen auf und wendet sich ohne Bedenken dem Neuen zu. Für diese Entwicklung braucht die Industrie einen ruhigen politischen Werdegang; sie braucht zu ihren internationalen Beziehungen, zur Ausdehnung von Handel und Verkehr und Wiedergewinnung der verlorenen Position im Ausland im Innern des Landes stabile Verhältnisse. Die gewinnstiftende Hege gegen das Ausland, das Spielen mit einem politischen Wuttsch bringen dieses Streben des deutschen Unternehmertums in Gefahr, zerstückeln das mühsam wieder aufgebaute. Und noch eins: Das deutsche Unternehmertum würde die führende Rolle

